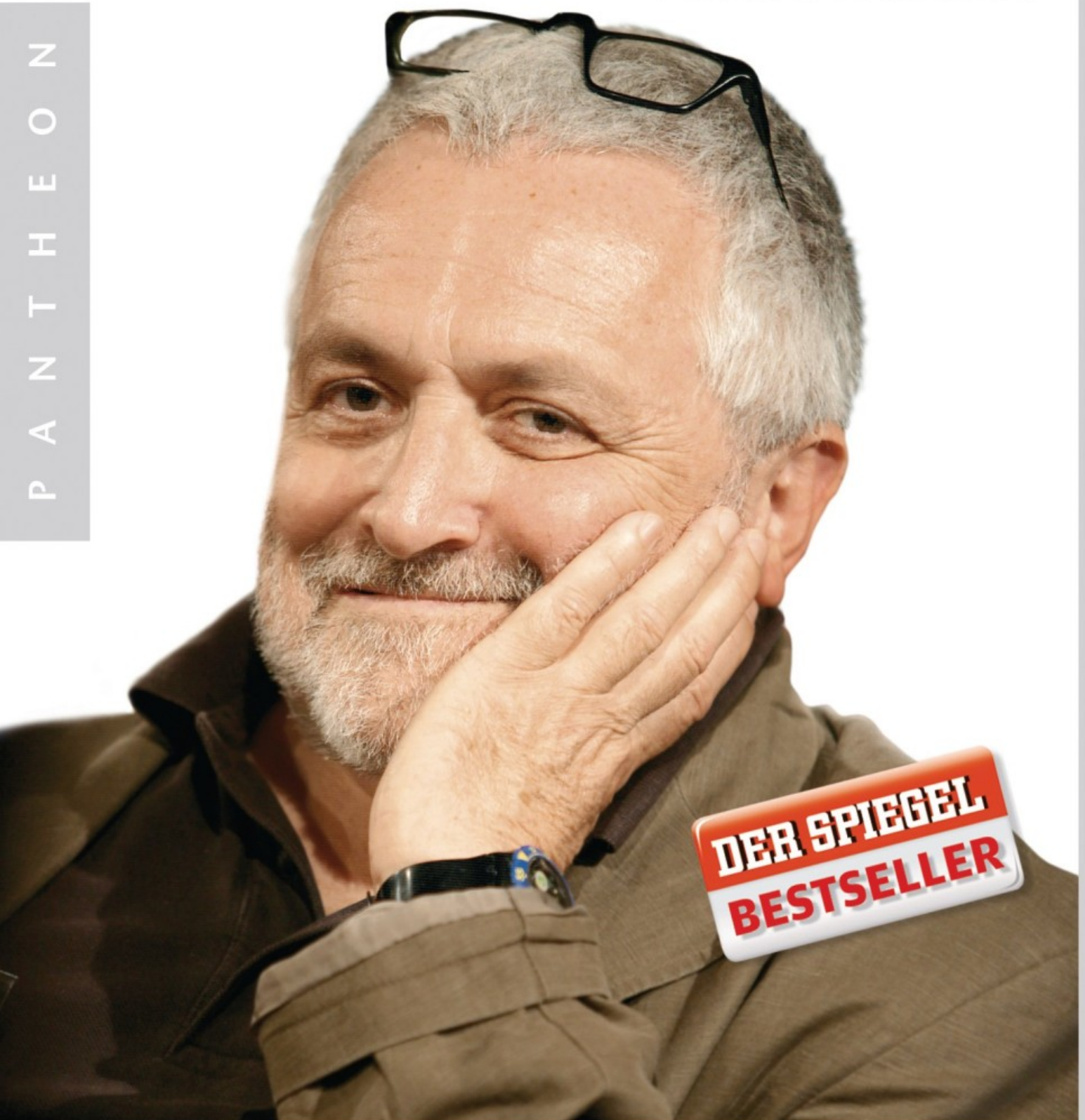


Henryk M. Broder
**Hurra, wir
kapitulieren!**

Von der Lust am
Einknicken

PANTHEON



Henryk M. Broder

Hurra, wir kapitulieren!

Von der Lust am Einknicken

Pantheon

Für die vorliegende Paperback-Ausgabe wurde dem Buch
ein aktuelles Vorwort des Autors vorangestellt.



Verlagsgruppe Random House FSC-DEU-0100
Das für dieses Buch verwendete FSC®-zertifizierte Papier
Pamo House liefert Arctic Paper
Mochenwangen GmbH

Der Pantheon Verlag ist ein Unternehmen der
Verlagsgruppe Random House GmbH.

Sechste Auflage
Pantheon-Ausgabe Oktober 2007

Copyright © der Originalausgabe 2006 by wjs verlag,
Wolf Jobst Siedler jr., Berlin

Umschlaggestaltung: Jorge Schmidt, München
Druck und Bindung: GGP Media GmbH, Pößneck
Printed in Germany
ISBN 978-3-570-55047-2

www.pantheon-verlag.de

Für mich, zum Sechzigsten

*»An appeaser is one who feeds a crocodile,
hoping it will eat him last.«*

WINSTON CHURCHILL

Vorwort zur Paperback-Ausgabe

Alle gaga, oder was?

Mitte Juni 2010 verlieh die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften die neu geschaffene Kant-Medaille an Seine Königliche Hoheit Prinz Salman Bin Abdulaziz Al-Saud aus Saudi-Arabien. Der Königsberger Philosoph war einst außerordentliches Mitglied der Akademie, der erste Empfänger der Auszeichnung amtiert als Gouverneur von Riad, der Hauptstadt des Königreiches. In seiner Laudatio pries Akademie-Präsident Günter Stock den Preisträger als »einen Förderer von Bildung und Wissenschaften auf der Arabischen Halbinsel und darüber hinaus«, der »die Wissenschaft zu einer zentralen Triebfeder für die Zukunft der Region Riad gemacht« hat.

Unter den Gästen der Feier war auch der Berliner Politiker Klaus Uwe Benneter, Jurist, ehemaliger Generalsekretär der SPD und eine Legislaturperiode lang Justitiar der SPD-Bundestagsfraktion. Er war von der Begegnung mit dem Prinzen dermaßen angetan, dass er ins Schwärmen geriet. »Selten habe ich in meinem Leben einen so kulturell und wissenschaftlich interessierten Menschen erlebt wie bei seiner Königlichen Hoheit. Es ist eine wahre Freude, mit ihm zusammen sein zu dürfen.«

Kaum anzunehmen, dass der Rechtsanwalt Benneter nicht wusste, mit wem er es zu tun hatte: Dem Repräsen-

tantan eines Regimes, das von einem Rechtsstaat so weit entfernt ist wie die SPD vom Erfurter Programm aus dem Jahre 1891, eines Regimes, das köpfen, steinigen, und auspeitschen lässt, dessen Beitrag zur Bildung und Wissenschaft primär darin besteht, dass Dieben die Hände nicht mehr abgehackt sondern unter örtlicher Betäubung wegamputiert werden. Andererseits - auch in Saudi-Arabien geht es mit den Menschenrechten voran, wenn auch wesentlich langsamer als mit der SPD bergab.

Ende Mai dieses Jahr wies das Erziehungsministerium in Riad alle Schulleiter im Lande an, im Notfall die Retter nicht zu behindern – egal ob Jungen oder Mädchen geholfen werden müsste. Der Erlass war eine späte Reaktion auf ein schweres Unglück im März 2002. Damals waren 15 Schülerinnen verbrannt, nachdem in ihrer Schule ein Feuer ausgebrochen war und die Tugendwächter der Religionspolizei, die noch vor der Feuerwehr vor Ort waren, die Türen von außen versperrt und einige Mädchen, die sich dennoch ins Freie retten konnten, in das brennende Gebäude zurückgeprügelt hatten.

Die Auszeichnung des Gouverneurs von Riad mit der Kant-Medaille und der tiefe Kotau, zu dem sich ein Sozialdemokrat aus diesem Anlass verpflichtet fühlte, passten gut in eine Landschaft, in der die reine Toleranz gegenüber jeder Zumutung sich fest etabliert hatte.

Wenn man bedenkt, dass die Anschläge vom 11. September 2001 gerade erst zehn Jahre zurück liegen und dass alle spektakulären Terroraktionen danach (London, Madrid, Djerba, Bali, Casablanca, Istanbul, Taba, Scharm el Scheich, Amman, Mumbai, Mombasa) von Moslems beziehungsweise »Islamisten« begangen wurden, die al-

lesamt mit dem Anspruch auftraten, den Willen Allahs zu vollstrecken, dann kommen einem die Reaktionen der aufgeklärten Öffentlichkeit umso seltsamer vor. Zum einen wird immer wieder nachgerechnet, dass 99,9 Prozent aller Muslime friedliche Menschen und nur ganz wenige gewaltbereite Extremisten seien, dass der Islam, »die Religion des Friedens«, von einer kleinen radikalen Minderheit missbraucht und als Geisel genommen werde. Statt aber die logische Anschlussfrage zu stellen, warum sich 99,9 Prozent von 0,1 Prozent missbrauchen und als Geiseln nehmen lassen, ohne die kleine radikale Minderheit in die Schranken zu weisen, zieht es die aufgeklärte Öffentlichkeit vor, den radikalen Elementen entgegenzukommen, sich mit ihnen präventiv zu arrangieren. »If you can't beat them – hug them!«

Der Bischof von Breda, Tiny Muskens, ein liberaler Katholik, hat im August 2007 vorgeschlagen, in der katholischen Liturgie den Begriff »Gott« durch »Allah« zu ersetzen. Der sozialdemokratische Bürgermeister von Brüssel, Freddy Thielemans, hat eine Kundgebung gegen die schleichende Islamisierung Europas, die am 6. Jahrestag von 9/11 in Brüssel stattfinden sollte, verboten, zugleich hat seine Verwaltung die Polizisten in der Hauptstadt Europas angewiesen, während des Fastenmonats Ramadan nicht in der Öffentlichkeit zu rauchen oder zu essen, um die religiösen Gefühle der Moslems nicht zu verletzen. Vermutlich ist der Brüsseler Bürgermeister der Ansicht, so lange gegen eine Islamisierung nicht demonstriert werden darf, findet sie nicht wirklich statt. Auch die Polizisten der Stadt Zürich sind aufgefordert worden, sich mit der islamischen Kultur vertraut zu machen, indem sie im

Monat Ramadan freiwillig einen Tag lang fasten. Das Interesse an diesem Vorschlag soll aber angesichts des kulinarischen Angebots in Zürich gering gewesen sein.

In Glasgow und einigen anderen Städten des Vereinigten Königreichs sollten Ärzte und Krankenpfleger nur darauf verzichten, ihre Pausen-Snacks am Arbeitsplatz zu konsumieren, aus Rücksicht auf ihre fastenden Kollegen. Aus dem gleichen Grund kündigten die britischen Konservativen an, dass sie auf ihrem diesjährigen Parteitag in Blackpool zum ersten Mal einen Gebetsraum einrichten würden, um Moslems sowohl die Teilnahme an der Konferenz wie die Erfüllung ihrer religiösen Pflichten während des Ramadan zu ermöglichen. Wesentlich weiter geht die BBC in ihrer Internet-»Section on Islam«. Wird der Name des Propheten erwähnt, folgt sofort der Zusatz: »Peace be upon him«, der Friede sei mit ihm. Das sei man einer fairen und ausgewogenen Darstellung des Islam schuldig.

Einen aufregenden Praxistest dürfte die Sprachregelung bestehen, wenn die BBC über einen Selbstmordanschlag gläubiger Muslime berichtet, deren letzte Worte ihrem barmherzigen Gott Allah und seinem Propheten, Peace be upon him, gelten.

Wem solche Exerziten in Anpassung noch nicht radikal genug sind, der kann sich mit einem Beispiel aus Kanada behelfen. Im Widerspruch zum Wahlgesetz, das eindeutig statuiert, dass alle Wähler »zweifelsfrei visuell identifiziert werden können«, hat die Wahlkommission entschieden, dass auch völlig verschleierte Frauen ihre Stimmen abgeben dürfen, ohne ihr Gesicht zeigen zu müssen, vorausgesetzt, sie bringen zwei Ausweise und

einen Zeugen mit, der ihre Identität bestätigt. Und wenn es demnächst in kanadischen Wahllokalen wie auf Halloween-Parties zugeht, wird das nicht unbedingt der Demokratie, in jedem Fall aber der Produktion und dem Absatz von Burkas zugute kommen.

Alle gaga, oder was? Oder ist ein System umso anfälliger für totalitäre Versuchungen, je liberaler es ist und je weniger Erfahrung es mit politischen Ideen gemacht hat, die sich demokratischer Mittel bedienen, um die Demokratie auszuhebeln? Das würde erklären, warum Briten und Kanadier so unendlich tolerant sind und nicht einmal dann zusammenzucken, wenn sie Demonstranten begegnen, die keine Zeit haben, einer geregelten Arbeit nachzugehen, weil sie die Einführung der Todesstrafe gegen Karikaturisten und andere Gotteslästerer fordern müssen. In Deutschland aber, wo man durch das Stahlgewitter zweier Diktaturen gegangen ist und wo die Parole »Wehret den Anfängen!« das Tischgebet und das Vaterunser ersetzt hat, wo man jedes Jahr an die Befreiung von Auschwitz, die Kristallnacht und den Fall der Mauer erinnert, müsste es doch ein Wissen darum geben, wohin Toleranz gegenüber Intoleranz führt: mitten in die Katastrophe. Doch das blanke Gegenteil ist der Fall.

Nachdem der Berliner Polizeipräsident im Sommer 2006 den Veranstaltern einer Friedensdemo (»Stoppt den Krieg gegen Libanon und Palästina!«) jede Werbung für die Hisbollah untersagt hatte, sahen sich diese eines Grundrechts beraubt und zogen vor das Berliner Verwaltungsgericht. Ohne die Hisbollah-Embleme, die Hisbollah-Fahnen und die Porträts des Hisbollah-Führers Nasrallah demonstrieren zu müssen, fanden sie so

unzumutbar wie ein Kegelveerein eine Kegelpartie ohne den Kampfruf »Alle Neune!«

Das Verwaltungsgericht gab dem Protest der Friedensfreunde statt. »Entgegen der Auffassung des Polizeipräsidenten ist das Zeigen der von ihm untersagten Symbole beziehungsweise Bilder auf einer Demonstration während des Libanonkriegs als Parteinahme für einen der Beteiligten der kriegerischen Auseinandersetzung zu verstehen, die unter den durch Art. 5 Abs. 1 des Grundgesetzes garantierten Schutz der Meinungsäußerungsfreiheit fällt.« Es sei zudem »nicht strafbar«, sich für die Hisbollah einzusetzen, weil die Hisbollah »nicht als ausländische terroristische Vereinigung eingestuft« sei.

Wer die Hisbollah ist und was sie will, kann jeder, auch jeder Verwaltungsrichter, feststellen, der sich die Mühe macht, die Website der Organisation zu besuchen oder die Auftritte und Reden ihres Generalsekretärs zu studieren. Das erste und wichtigste Anliegen der Hisbollah ist die Zerstörung Israels, das nicht einmal beim Namen, sondern nur »the Zionist entity«, das zionistische Gebilde, genannt wird. Wenn die Hisbollah von der Befreiung Palästinas spricht, dann meint sie nicht die besetzte Westbank, sondern das ganze »zionistische Gebilde«, einschließlich Haifa, Tel Aviv, West-Jerusalem, Beer Scheva und Aschkelon. Und würde sich Israel auf die Strandpromenade von Tel Aviv zurückziehen, würde die Hisbollah noch immer Palästina von der zionistischen Besatzung befreien wollen. Freilich – die Berliner Verwaltungsrichter betrachten die Auseinandersetzung zwischen der Hisbollah und dem »zionistischen Gebilde« als eine Art Länderspiel, bei dem es erlaubt und legitim ist, für die eine

wie für die andere Seite Partei zu ergreifen. Bei so viel Äquidistanz der Richter wundert es nicht, dass immer mehr deutsche Politiker mit der Hisbollah, der Hamas und sogar den Taliban verhandeln wollen, denn egal, was diese Gruppen anstreben und welcher Mittel sie sich bedienen, sie sind alle nur Partei in einem Konflikt, in dem man für die eine wie die andere Seite sein kann.

Zu den Regeln des Fair Play, die man im Umgang mit Fundamentalisten, Islamisten und sogar Terroristen beachten muss, gehört der selbstkritische Rekurs auf die eigenen Verbrechen. Kaum hat man auf einer Party gesagt, dass es kein schöner Brauch ist, Menschen die Köpfe abzuschlagen und die »Exekutionen« ins Internet zu stellen, wird einem sofort entgegengehalten, auch in Texas und Florida würden immer noch Menschen hingerichtet, von den Exzessen der Inquisition gar nicht zu reden. Jede Debatte über das Tragen von Burkas, Hijabs und Tschadors und über die Moral von Gesellschaften, in denen die eine Hälfte der Bevölkerung damit beschäftigt ist, die andere Hälfte daheim oder unter wallenden Gewändern zu verstecken, endet mit der auch bei Feministinnen beliebten Fokus-Verlagerung: Das Problem sei nicht, dass die Frauen in der islamischen Welt verhüllt, sondern dass sie in der so genannten freien Welt enthüllt werden. So gesehen, wiegt jeder Wet-T-Shirt-Contest auf Ibiza ein Dutzend Ehrenmorde in Islamabad auf.

Sehr beliebt sind auch Rechenaufgaben, bei denen am Ende oder unterm Strich steht, dass alles Leben vergänglich und überhaupt alles Menschliche relativ ist. Robert Leicht, ehemaliger Chefredakteur der »Zeit« und ehemaliges Ratsmitglied der Evangelischen Kirche in Deutsch-

land (EKD), veröffentlichte Mitte September 2007 einen Kommentar im Berliner »Tagesspiegel«, in dem er ein Lieblingsthema kritischer Christen variierte: »Christlicher Fundamentalismus ist nicht besser als islamischer«. Der Beweis: »Zählt man etwa die Attentate und Gewaltakte, die in den USA aus christlich deklariert Motivation in den letzten ein, zwei Jahrzehnten verübt worden sind (nicht nur gegen Abtreibungskliniken und -ärzte), so kann man durchaus zu dem Ergebnis kommen, dass dieser religiöse Terrorismus es in der Summe mit dem 9/11-Anschlag aufnehmen kann.«

Kann man, muss man aber nicht. Möglich ist auch eine andere Erkenntnis: dass nicht jeder Leichtmatrose des Feuilletons die Kunst des Kopfrechnens beherrscht. »In der Summe« ergeben auch die Kommentare, die Leicht schreibt, eine Menge Altpapier, das danach schreit, zur Makulatur verarbeitet zu werden. Was aber treibt einen erfahrenen Journalisten und Kirchentags-Moderator wie Leicht dazu, den Terror zu relativieren und dabei Überlegungen anzustellen, die im Detail so absurd wie »in der Summe« aberwitzig sind?

Es ist der Wunsch, der Wirklichkeit zu entkommen. Kinder schlagen sich die Hände vors Gesicht, wenn sie Angst haben, Erwachsene bevorzugen Autosuggestion. Nach dem Ableben eines deutschen Bauingenieurs, der von den Taliban als Geisel genommen wurde, trat Außenminister Steinmeier vor die Presse und sagte: »Wir müssen davon ausgehen, dass einer der entführten Deutschen in der Geiselhaft verstorben ist. Nichts deutet darauf hin, dass er ermordet wurde, alles weist darauf hin, dass er den Strapazen erlegen ist, die ihm seine Ent-

führer auferlegt haben.« Der 44 Jahre alte Mann war sozusagen eines natürlichen Todes gestorben. Vielleicht hatte er was mit dem Herzen, war unsportlich oder hat das Klima nicht vertragen – tagsüber extreme Hitze, nachts klirrende Kälte. Da kann man schon mal kollabieren und den Geist aufgeben. Dass die Leiche »Schussverletzungen« aufwies, war kein Indiz dafür, dass der Bauingenieur ermordet wurde; es hätte ja sein können, dass er schon tot war, als die Kugeln abgefeuert wurden, den Strapazen erlegen, »die ihm seine Entführer auferlegt haben«.

Während Außenminister Steinmeier sich und sein Publikum mit dem Gedanken tröstete, dass man einen Toten nicht ermorden kann, präsentierte der Präsident des Verfassungsschutzes von Baden-Württemberg, Johannes Schmalzl, wenig später ein Kunststück, das vor ihm noch keiner gewagt hatte: Wie man den Islam überspringt.

Nachdem drei mutmaßliche Jung-Terroristen, zwei von ihnen Konvertiten, festgenommen wurden, erklärte Schmalzl, es sei ihm »wichtig«, darauf hinzuweisen, »dass das wenig mit Religion zu tun hat«, Fritz G. sei »nicht unbedingt zum Islam konvertiert, sondern er hat gleich den Islam übersprungen hin zu einer politischen Ideologie, nämlich dem Islamismus und dann am Schluss sogar dem gewaltbereiten Islamismus.« Waren die Übergetretenen irrtümlich der Meinung, sie wären zum Islam konvertiert, der Mann aus Baden-Württemberg wusste es besser. Sein Job ist es nicht, die Konversionen zu bezeugen, er sorgt nur dafür, dass die Schimäre, der Islam habe mit dem Islamismus nichts zu tun, immer wieder reanimiert wird.

So sind die »gewaltbereiten Islamisten« ihren Verfolgern immer um einige Mega-Bytes voraus. Bis jetzt kön-

nen sie zum Beispiel Terrorcamps besuchen, ohne fürchten zu müssen, sich damit eine Strafe einzuhandeln. Ob einer seine Ferien in einem Al-Qaida-Lager verbringt und dort den Umgang mit Waffen und Sprengstoffen beigebracht bekommt oder im club med auf den Malediven Surfen und Schnorcheln lernt, macht rechtlich gesehen keinen Unterschied.

Anfang September 2007 sagte Bundesjustizministerin Brigitte Zypries in einem Interview mit dem Deutschlandfunk, es sei »eben sehr schwierig, ein Verhalten unter Strafe zu stellen, bei dem keine Tathandlung in irgendeiner Form vorliegt. Ich sage mal, es wäre ja auch möglich, dass jemand in einem solchen Camp ist und rauskommt und sagt ›nie wieder will ich irgendwas mit denen zu tun haben«. Gleichwohl soll ich ihn dann bestrafen?« Der Logik der Ministerin folgend müsste man gewaltanfällige junge Menschen in »solche Camps« schicken, damit sie diese geheilt und geläutert wieder verlassen. Unter Umständen könnte ein Aufenthalt in einem Al-Qaida-Camp sogar als Reha-Maßnahme anerkannt werden.

Weil aber kaum jemand dieser Argumentation zu folgen vermochte, änderte die Ministerin ihre Meinung und legte nur zwei Wochen später unter der kryptischen Ankündigung »Balance zwischen Freiheit und Terrorismusbekämpfung wahren« einen Gesetzentwurf vor, der Strafen für den Besuch von Terrorcamps vorsieht – unter der Bedingung, dass es sich um mehr als nur eine Fortbildungsmaßnahme handelt. »Wir stellen nicht die reine Ausbildung in Terrorcamps unter Strafe, sondern wir sagen, wenn sich jemand ausbilden lässt, um eine Tat zu

begehen, wenn er das Ziel hat, künftig tätig zu werden, das wollen wir bestrafen.« Denn natürlich kann nicht von vorneherein und nicht in allen Fällen ausgeschlossen werden, dass sich jemand zum Terroristen ausbilden lässt, weil er im Esperanto-Kurs bei Berlitz keinen Platz bekommen hat oder nur mit seiner Schwiegermutter einen Dialog auf gleicher Augenhöhe führen möchte. Der Gesetzentwurf – mit großem Bochei vorgestellt – wird nichts an der faktischen Situation ändern. Die »reine Ausbildung« in Terrorcamps bleibt straffrei. Es sei denn, ein Kursteilnehmer deponiert vor seiner Abreise in das afghanisch-pakistanische Grenzgebiet eine eidesstattliche Erklärung bei Frau Zypries, in der er versichert, er wolle sich nicht nur zum Terroristen ausbilden lassen, sondern das Gelernte hinterher auch praktisch anwenden.

Seit »Hurra, wir kapitulieren!« vor vier Jahren erschienen ist, hat sich vieles getan aber wenig bewegt. Eva Herman ist über einen schrägen Satz zur Familienpolitik der Nazis gestolpert; die abgeschaffte Pendlerpauschale wurde wieder eingeführt; die ehemalige MTV-Moderatorin Kristiane Backer ist zum Islam übergetreten und moderiert jetzt eine Sendung auf Al-Dschasira.

Klaus Wowereit hat seine Memoiren geschrieben. Nach der Festnahme eines mutmaßlichen Bombenlegers, der eine Kofferbombe in einem Zug deponieren wollte, titelte die »taz«: »Bombenstimmung in Deutschland«. Salman Rushdie wurde von der britischen Königin zum Ritter geschlagen, worauf die von Ayatollah Khomeini 1989 gegen den Schriftsteller verhängte Todesfatwa erneuert wurde; sie sei, sagte ein iranischer Ayatollah, »jederzeit vollstreckbar«. Der Vatikan gab bekannt, Ende des Jahres 2007